

Wahl-Fiasko der CSU in Bayern sorgt für Aufsehen:

Die Bäume der Unionspartei wachsen nicht in den Himmel

Der 28. September wurde für die CSU zu einem Tag der Niederlage. Ihr Fiasko bei der Landtagswahl in Bayern manifestiert sich in einem Verlust von über 17 Prozentpunkten. Mit 43,5 Prozent erreichte die bayrische Unionspartei das seit Jahrzehnten niedrigste Wahlergebnis, sie hat damit die Alleinherrschaft verloren.

Bedenkt man, dass die Wahlbeteiligung lediglich bei 57 Prozent lag, dann stimmte nur noch jeder vierte Wähler für die CSU, die überwiegende Mehrheit wollte von den „Schwarzen“ partout nichts mehr wissen. Auch bei der Kommunalwahl am gleichen Tag in Brandenburg hat die CDU starke Verluste hinnehmen müssen.

Beide Wahlen machten deutlich, dass die Bäume der Union nicht in den Himmel wachsen. Es hat sich gezeigt, dass auch absolute Mehrheiten gebrochen

werden können: Eine wichtige Erkenntnis mit Blick auf die im nächsten Jahr anstehenden Wahlen!

Schon seit Jahrzehnten dominiert die CDU das kommunale Leben in unserer Stadt. Die absolute Mehrheit in Püttlingen setzt sich arrogant über Ideen und Vorschläge der Opposition hinweg. Im Stadtrat gilt nur, was die Union ausgebrütet hat, die Bürger müssen dafür büßen. Es wird nun Zeit, den Einfluss dieser Partei zu beschneiden. Die Kommunalwahl am 7. Juni 2009 bietet dafür eine gute Gelegenheit.

Aber auch bei der Landtagswahl am 30. August und bei der Bundestagswahl am 27. September besteht im nächsten Jahr die Chance, der CDU die verdiente Abreibung zu verpassen. Ein Politikwechsel ist längst fällig. Deswegen müssen die Linkskräfte deutlich gestärkt werden.

Kommunisten seit 40 Jahren in der Stadt aktiv



Am 20. Oktober waren es genau 40 Jahre her, dass Franz Hertel (2. v. r.) in den Stadtrat von Püttlingen gewählt wurde. Der DKP-Fraktionsvorsitzende kann nun auf eine 35-jährige ehrenamtliche Tätigkeit im Kommunalparlament zurückschauen. Aktiv und zuverlässig hat er sich stets für die Stadt engagiert.



Wenn Gehwege zugeparkt werden, ist die Volksseele am Kochen. Das konnte man unlängst auch „In den Siefen“ erleben. Auf Seite 4 lesen Sie: Mehr Rücksicht aufeinander nehmen!

Kommunalwahl in Senftenberg:

Die CDU in der Partnerstadt erhielt einen Tiefschlag

Am 28. September fanden Kommunalwahlen in Brandenburg statt. Dabei hat die CDU kräftige Verluste hinnehmen müssen. So erzielte sie bei der Wahl zum Kreistag Senftenberg nur noch 23,1 Prozent der Stimmen, was einem Rückgang von 7,4 Prozentpunkten entspricht.

Noch elender sieht es für die Union bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in Senftenberg aus. Dort konnte die CDU lediglich 18 Prozent (6 Sitze) erreichen, was einem Verlust von 12 Prozent entspricht. Somit ist eine deutliche Schlappe zu verzeichnen.

Wahlgewinner sind SPD (30,2 Prozent) und Die LINKE (27,6 Prozent), die beide in der Stadtverordnetenversammlung über jeweils 9 Mandate verfügen. Wir beglückwünschen unsere Freunde zu diesem Ergebnis.

Bedenklich ist die Wahlbeteiligung in Senftenberg, die nur 42,6 Prozent erreichte. Das spricht für massive Unzufriedenheit und großes Mißtrauen in die aktuelle Politik.

Wenn's um Spekulanten geht, winkt der Staat mit Milliarden:

Beim „kleinen Mann“ muss gespart werden

Sozialabbau, Hartz-IV, Rentenbetrug, Minijobs, Niedriglöhne und Kriegseinsätze sowie Steuergeschenke für die Reichen - das sind Stichworte für die Politik der Großen Koalition. CDU/CSU und SPD sind sich einig, dass die Betroffenen das hinzunehmen haben. Bei FDP und Grünen finden sie dabei Unterstützung, denn schließlich muss ja gespart werden. Aber die gegenwärtige Finanzmarktkrise macht deutlich: Das Geld, das angeblich für ein humanes Gesundheitswesen, für armutsfeste Renten oder ein besseres Schulsystem fehlt, ist plötzlich im Überfluss vorhanden, wenn es darum geht, die Milliarden Spekulationsverluste der Banken zu sozialisieren.

Das kapitalistische Finanzgefüge ist derzeit außer Rand und Band. Weltweit sind Großbanken in Bredouille. **Auch der Immobilien-Finanzierer Hypo Real Estate torkelt vor sich hin.**

Die Bundesregierung und ein Banken-Konsortium wollten diesen Dax-Konzern mit einer Bürgschaft von über 35 Milliarden Euro vor dem Untergang bewahren, damit ein Kollaps des deutschen Finanzsystems verhindert wird. Bei Redaktionsschluss war noch kein Ende des Dramas abzusehen. Falls die „Rettung“ misslingt, müssen wohl die deutschen Steuerzahler für diesen Deal geradestehen. Ob dann 26 Mrd. Euro ausreichen, ist fraglich.

Aufschlussreich ist, dass jene, die immer auf die Marktwirtschaft schwören und die Privatinitiative als das Beste in unserer Wirtschaft bejubeln, plötzlich den Staat um Hilfe anflehen. So hat der Deutsche-Bank-Chef Ackermann ange-

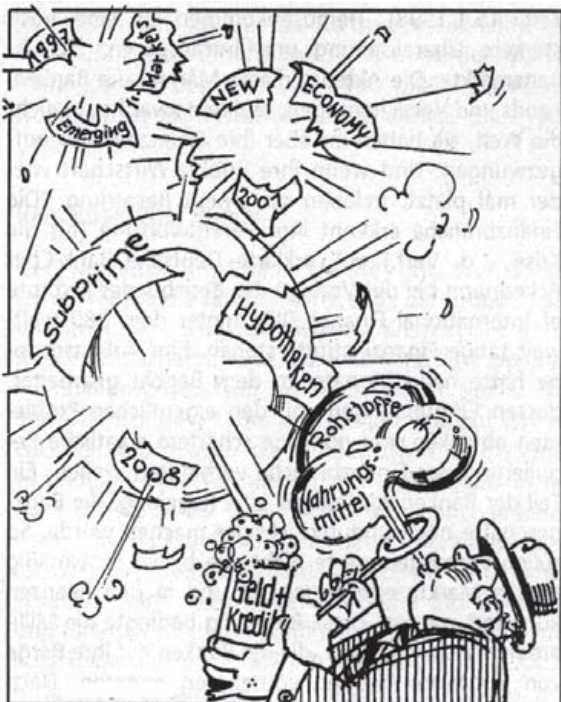
sichts des Desasters kleinlaut gestanden: „Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes“. Also soll's der Staat richten!

Staatliche Milliarden spritzen sollen verhindern, dass die Wirtschaft in die Rezession abstürzt. Dazu werden in England und den USA viele Milliarden in die Hand genommen, um Schlimmeres zu verhüten. Mindestens 200 Milliarden Dollar Steuergelder kostete z.B. die Verstaatlichung der Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac zur Abwendung einer Implosion des US-Häusermarktes. Für 85 Milliarden Dollar verstaatlichte die US-Regierung den weltgrößten Versicherer AIG, damit dessen drohender Konkursfall keinen Dominoeffekt im gesamten Finanzsystem bewirkt.

In den USA schnürt der Staat an einem „Rettungspaket“ von 700 Milliarden

Dollar zugunsten des maroden Finanzsystems. Mit den Staatsgeldern sollen den Banken ihre faulen Kredite abgekauft werden. Der Staat agiert quasi als Mülldeponie, auf der die Banken ihren Finanzschrott fast zum Neuwert entsorgen können. Und wofür dieses ganze Prozedere?

Damit beim Gelingen der Rettungsaktion die Aktionäre und Investoren neue und noch größere Spekulationsräder drehen können. Gerettet wird mit diesem Plan vor allem der Reichtum der Wohlstandsbürger. Und die Zeche zahlen wie immer die Normalbürger mit neuen gigantischen



Kapital ist sehr experimentierfreudig, auch wenn ihre Blasen immer wieder platzen.

Bund bürgt mit 26 Milliarden für Pleite-Bank

Rettungspaket für Baufinanzierer - Finanzkrise spitzt sich dramatisch zu

SZ-Schlagzeile vom 30.09.2008

Steuerlasten und steigender Inflation infolge der Geldspritzen der Notenbanken und Billionen Dollar schweren Staatsanleihen zum Freikaufen der in Bedrängnis geratenen Finanzkonzerne.

„Zivilisiert den Kapitalismus“ schrieb unlängst „Die Zeit“ und die „Süddeutsche Zeitung“ forderte „mehr Staatsgewalt auf den Märkten“. Doch solange die um den Globus vagabundierenden Geldmassen der Reichen und Superreichen nicht abgeschöpft werden und solange sie von einem privaten Profit-Bankensystem renditeheischend gemanagt werden, ist die Bestie Finanzkapitalismus nicht zu zähmen.

40.700 Milliarden Dollar privates Geldvermögen befinden sich in den Händen von einem Promille der Erdbevölkerung – vor zehn Jahren waren es erst 19.000 Milliarden. Diese Milliarden gieren nach Verwertung und das privatkapitalistische Finanzsystem wird auch künftig Mittel und Wege finden, dass wild gezockt werden kann. Notfalls in einem mafiotischen Schattenbankensystem, wie es teilweise schon besteht. Damit werden auch in Zukunft riesige Spekulationsblasen entstehen, die mit ebensolcher Regelmäßigkeit platzen und immer größere Verwüstungen anrichten.

Erforderlich ist eine rigorose Umverteilung von oben nach unten und letztlich eine Vergesellschaftung des Bankensystems, damit es demokratisch kontrolliert und gemeinnützig ausgerichtet werden kann. Das setzt allerdings eine Kriegserklärung der Politik an die jetzige Bankenwelt voraus.

(Nach einem Artikel von Fred Schmid in der UZ vom 2. Oktober 2008)

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck

Schönfärberei des CDU-Vorderen ändert nichts an den Tatsachen:

Lage der Stadtfinanzen immer noch desolat DKP-Fraktion verweigerte Zustimmung zum Nachtragshaushalt

Sparen und immer wieder sparen, das ist in Püttlingen seit unzähligen Jahren ein Hauptprinzip kommunaler Finanzpolitik. Wenn sich dann das jahresbezogene Defizit etwas reduziert, wird dies von der CDU im Stadtrat schon euphorisch gefeiert. So geschehen auch in der Ratssitzung vom 10. September, wo der 1. Nachtrag für den Etat des Haushaltsjahres 2008 zur Debatte stand.

Gleich zu Beginn der Diskussion hatte Schönfärber Hubertus seine „große“ Stunde. Mit salbungsvollen Floskeln, die an das ‚Wort zum Sonntag‘ erinnern, stellte der CDU-Fraktionsvorsitzende den Nachtragshaushalt als ein Meisterwerk christlich-sozialer Politik dar. Dabei lobte er das „umsichtige, professionelle Handeln des Kämmerers“ und vor allem „die gute Arbeit der Landesregierung“ in allerhöchsten Tönen. Gram erfüllt war der von sich überzeugte Prediger wegen der Opposition, von der er die Ablehnung des Nachtragshaushaltes erwartete.

Noch ehe die Vertreter der anderen

Fraktionen überhaupt zu Wort kamen, waren sie bereits verurteilt und in die Ecke der Verantwortungslosigkeit gestellt. Das ist jedoch kein Makel, wenn man weiß, mit wieviel Ignoranz und Überheblichkeit sich der CDU-Elefant im kommunalen Porzellanladen bewegt. Zutreffend ist, dass sich das jahresbezogene Defizit um 180.000 Euro reduzierte und jetzt bei rund 2,5 Millionen liegt. Unbestritten wird darin die verantwortungsvolle Arbeit des Kämmerers sichtbar. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass das aufgelaufene Defizit bei über 31 Millionen Euro liegt. Und das ist kein Pappentier.



Im Mai 2009 begeht die Stadthalle ihr zehnjähriges Bestehen:

Die DKP setzte sich allen Widerständen zum Trotz für diese Kulturstätte ein

Was wäre Püttlingen ohne seine Stadthalle, in der so viele hochwertige Konzerte und andere Veranstaltungen stattfinden? Kaum noch auszudenken, dass man in unserer Stadt ohne diese Einrichtung auskommen müsste.

Dennoch soll einmal an die Zeit vor über 10 Jahren erinnert werden. Die Bebauung des Burgplatzes brachte nämlich viele Gegner auf die Beine, die das Schlimmste befürchteten: Verkehrschaos, Lärmbelästigung und Ratten-

plage sind nur einige Stichworte, die damals eine Rolle spielten. Da war es nicht einfach, sich für dieses Projekt zu engagieren. Während die SPD etliche Klagen anstrebte oder unterstützte, blieb die DKP ihrer zustimmenden Haltung treu, obwohl es etliche Bürger gab, die uns das verübelten.

Heute ist das Vergangene und weitgehend herrscht Freude, dass Püttlingen durch die Burgplatzbebauung an städtischem Format gewonnen hat.



**Stoßgebet des im Beten nicht bewanderten DKP-Fraktionsvorsitzenden:
„Lieber Gott, gib dem Hubertus doch einmal soviel Verstand, wie der es von anderen immer wieder verlangt!“**

Der DKP-Sprecher stellte diesen Gesichtspunkt kritisch heraus. Doch als weitaus bedenklicher wertete er die Tatsache, dass mit diesem Nachtrag der Höchstbetrag der Kassenkredite um fünf Millionen auf insgesamt 40 Millionen Euro erhöht wird. Mit einem weiteren Ansteigen der Kassenkredite muss gerechnet werden.

Bekanntlich sind Kassenkredite ein Indikator für die fehlende finanzielle Ausstattung der Stadt, da sie in voller Höhe bei den Kreditinstituten aufgenommen werden müssen. Das angestiegene Volumen der Kassenkredite ist im Gesamtverschuldungsbetrag der Stadt nicht enthalten, sie werden auch nicht im Haushaltsplan aufgeführt.

Gerade die Kassenkredite sind ein Indiz für die kommunale Haushaltskrise. Diese Mittel werden nicht für Zukunftsinvestitionen aufgenommen, sondern für die Erfüllung laufender Zahlungsverpflichtungen. Ihnen stehen also keine neuen Vermögenswerte gegenüber. Das hatte der CDU-Sprecher geflissentlich außer Betracht gelassen.

Für die DKP war das jedoch einer der Gründe, dem Nachtrag die Zustimmung zu versagen. Da sich an der Gesamtsituation der städtischen Finanzen nichts wesentliches verändert hat, blieb die DKP bei ihren Nein, dass sie schon bei der Verabschiedung des Haushaltes 2008 vertreten hatte.

Bürger des Wohngebietes „In den Siefen“ klagen über Probleme:

Mehr Rücksicht aufeinander nehmen

Monate lang wurde neben der Kleintierklinik gebaut. Dass durch Bautätigkeit gewisse Belästigungen für Anlieger und Passanten unvermeidbar sind, ist unbestritten und zumutbar. Dennoch müssen sich dadurch verursachte Probleme im Rahmen halten, vor allem muss stets die Sicherheit der Bürger gewährleistet sein. Daran hat es aber in den letzten Monaten etwas gehapert.

So hat die Baufirma die Bürgersteige beider Seiten zeitweise als Park- und Lagerfläche genutzt. Passanten mussten deswegen auf die Straße ausweichen und dabei vielfach unter schwebenden Lasten hindurchgehen. Ein Verfahren, dass eigentlich die Gewerbeaufsicht auf den Plan rufen müsste. Doch davon war nichts zu bemerken, obwohl die Mängel in aller Öffentlichkeit angesprochen wurden. Es ist auch nicht hinnehmbar,

wenn ausgelaufenes Maschinenöl den Gehweg verschmutzt (Foto rechts) und dadurch zur Umweltgefährdung beiträgt. Man muss von einem Unternehmen erwarten können, dass es seiner Verantwortung gerecht wird und Gefahrenquellen von vorn herein meidet.

Stadtratsmitglied Fritz Kuhn (DKP) hat im Stadtrat über die genannten Probleme mehrfach gesprochen. Dennoch hat sich dadurch nichts geändert.

Ein ernster Vorwurf geht auch an viele Autofahrer, welche die Bürgersteige vor der Tierklinik verkehrswidrig zuparken und dadurch die Passanten zum Ausweichen auf die Straße zwingen. Obwohl unterhalb der Tierklinik ein riesengroßer Parkplatz existiert, wo genug Plätze zur Verfügung stehen, werden diese nur wenig genutzt. Offensichtlich sind viele Autofahrer so bequem und



rücksichtslos, dass sie lieber verkehrswidrig parken, statt einmal 50 Meter zu Fuß zu gehen. Wir meinen, dass es endlich an der Zeit ist, mehr Rücksicht aufeinander zu nehmen. Im Übrigen könnte man die Unverbesserlichen mit saftigen Protokollen zur Kasse bitten.

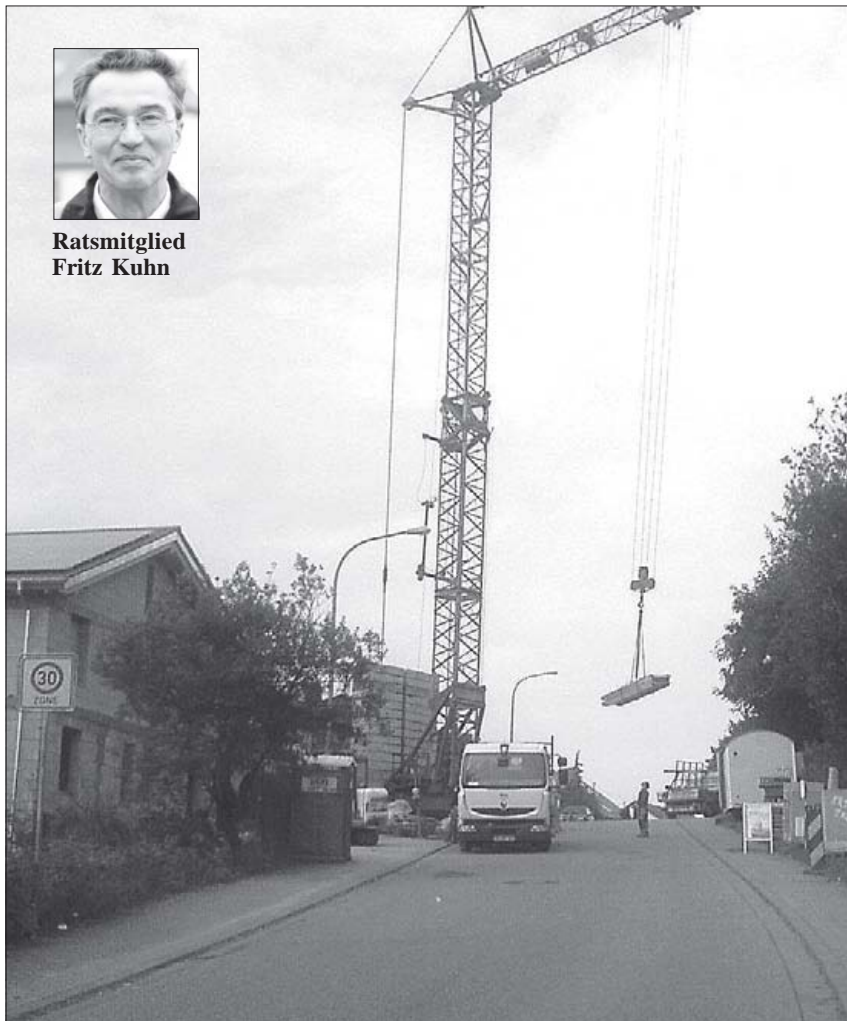
Ein unfassbarer Skandal:

Über 300 Millionen Euro für bankrotte Bank

Es ist unbegreiflich: Da jammert der Bund immer in höchsten Tönen, dass kein Geld da ist, wenn es z.B. um Tarifforderungen oder Mittel für das Gesundheitswesen geht. Doch dann passiert es, dass die bundeseigene Förderbank KfW über 300 Millionen Euro an die bankrotte US-Bank Lehman Brothers überweist und damit Geld zum Fenster hinauswirft.

Der Vorgang hat blankes Entsetzen in der Öffentlichkeit hervorgerufen, doch die KfW spricht von einer „technischen Panne“ und will das Problem unter den Teppich kehren. Dabei wären gerade jetzt Konsequenzen notwendig, denn die staatliche Förderbank hat erst unlängst Milliarden locker gemacht, um die Mittelstandsbank IKB, die sich verspekuliert hatte, zu retten: Alles mit dem Geld der Steuerzahler.

Im Übrigen ist das aktuelle Finanzdebakel in den USA für uns keineswegs ausgestanden. Es geht dabei um 700 Milliarden Dollar, für welche die Bush-Regierung die Steuerzahler heranziehen will. Der Bankrott führender US-Banken kann auch gravierende Folgen für unser Finanzsystem haben, denn weltweite Verbindungen der Banken untereinander und die Teilnahme an gewagten Finanzmanipulationen lassen Auswirkungen auf deutsche Banken nicht mehr unmöglich erscheinen.



**Ratsmitglied
Fritz Kuhn**

Schwebende Lasten über Fußgängern und durchfahrenden PKWs, das hat bei manchen Passanten mulmige Gefühle aufkommen lassen und widersprach jeglicher Sicherheit. Was wohl die Gewerbeaufsicht dazu zu sagen hatte?

DKP-Stadtratsfraktion lädt zu Info-Treffen ein:

Bürger sollen sagen, wo der Schuh drückt

Schon immer bemüht sich die DKP-Fraktion auch um die Alltagsprobleme in Püttlingen. Eine wichtige Rolle spielt dabei unsere Stadtzeitung, mit der wir auf Fragen, Wünsche oder Forderungen der Menschen in unserer Stadt eingehen. Das soll auch künftig so gemacht werden. Darüber hinaus laden wir hiermit zu Info-Treffen ein, damit uns die Bürgerinnen und Bürger persönlich sagen können, wo sie der Schuh drückt. Diese Treffpunkte finden in allen drei Ortsteilen statt, sie werden nicht in einem Nebenzimmer, sondern jeweils im Gastraum des betreffenden Lokals abgehalten. Jeder hat damit die Möglichkeit, seine Probleme unmittelbar „an den Mann“ zu bringen.

Gegenwärtig gibt es Überlegungen, wie das Gelände neben dem Senftenberger Platz (in der Verlängerung von Sparkasse und AWO-Haus für Behinderte, unmittelbar neben dem Fußweg entlang dem Köllerbach) gestaltet werden soll. Dabei wird auch ein Supermarkt nicht ausgeschlossen, zumal die frühere Gaststätte „Zur Linde“ und das zugehörige Gelände ebenfalls verplanbar sind.

Die Frage ist allerdings, ob das für unsere Stadt sinnvoll ist? Werden damit nicht weitere kleine Geschäfte in ihrer Existenz bedroht? Können dadurch neue Verkehrs- und Parkprobleme entstehen oder Erholungsräume in der Köllerbach-Aue bedroht werden? Alles Fragen, die künftig eine Rolle spielen und wozu wir die Meinung der Bewohner unserer Stadt hören möchten. Falls die Ansiedlung eines neuen Marktes in Aussicht genommen wird, steht doch die Frage: Was soll dort etabliert werden? Welche Angebote möchten

die Bürger dort finden, was fehlt bislang in Püttlingen? Wie könnte das infrage kommende Gelände sinnvoll genutzt werden? Welche Ideen oder Vorschläge haben die Menschen unserer Stadt einzubringen, damit bürgernahe Entscheidungen möglich werden.

Über alle diese Fragen wollen wir beim Info-Treff der DKP-Fraktion sprechen und die Meinung der Bürger einholen. Aber auch andere Themen sind nicht tabu. Die Palette reicht dabei von der Jugendarbeit in unserer Stadt (z.B. wohin kommt das neue Jugendzentrum in Köllerbach?) bis zum Sozialladen, der auch in Püttlingen gebraucht wird.

Also, liebe Mitbürger in unserer Stadt, nutzt die Gelegenheit zum Treffen mit Vertretern der DKP-Stadtratsfraktion. Bringt eure Fragen, Wünsche und Anregungen vor, damit wir sie in der Ratssarbeit berücksichtigen können!



Es geht um das kommunale Leben in Püttlingen

Der DKP-Fraktionsvorsitzende Franz Hertel und seine Mitstreiter stellen sich den Fragen und Anliegen der Bürger:

Montag - 3. November, 19.00 Uhr

Lokal Jansens Eck, Völklinger Str.

Donnerstag - 6. November, 19.00 Uhr

Gasthaus Schmeer, Ritterstraße

Dienstag - 11. November, 19.00 Uhr

Gasthaus Meyer, Bärenberg



Unser Wertpapier
kommunistisch - informativ - wertvoll
www.unsere-zeit.de

Eine Wochenzeitung der DKP, die Sie unbedingt lesen sollten und über uns (auch probeweise!) bestellen können.

Bau von Urnenwänden und -stelen auf den Friedhöfen:

Bedenken wegen Urnenpyramiden

In seiner September-Sitzung hat der Stadtrat beschlossen, dass auf allen Friedhöfen in Püttlingen ab nächstes Jahr auch Urnenwände und -stelen angeboten werden. Damit trägt die Stadt den Wünschen nach neuen Bestattungsarten Rechnung. Für die Errichtung von Urnenpyramiden konnte sich der Stadtrat aber nicht erwärmen. Eine entsprechende Anregung von Bürgern blieb deshalb unberücksichtigt.

Für die DKP sprach sich Franz Hertel gegen Pyramidengräber aus, denn die Einrichtung dieser Bestattungsform erfordert nicht nur viel Grundfläche, auch der Pflegeaufwand wäre enorm, weil Angehörige immer wieder Bilder, Kerzen und Blumenvasen hinstellen,

die vor jeder Reinigung durch Friedhofspersonal abgeräumt werden müssten. Die Kosten sind zudem höher als bei einem Rasengrab, bei dem eine 15-jährige Pflege gesichert ist.

Im Übrigen macht die private Firma, welche diese Pyramiden errichtet, dabei das Hauptgeschäft. Bei 514.000 Euro Einnahmen, die im Laufe von 20 Jahren für 121 Urnenkammern eingenommen werden können, verbleiben etwa 362.000 für den Unternehmer, während die Stadt nur 152.000 Euro bekäme. Dafür hätte sie aber für die gesamte Laufzeit die komplette Pflege der Anlage zu sichern sowie Verwaltung und Abrechnung der Einnahmen zu erledigen. Solche „Dienstleistungen“ lehnen wir ab.

Verfassungsgrundsätze werden gezielt aus den Angeln gehoben:

Große Koalition will Bundeswehr auch im Innern einsetzen

Die Bundesregierung weiß, dass die grassierende Krise des kapitalistischen Finanzsystems die Menschen in tiefe Besorgnis stürzt und nutzt das als günstige Gelegenheit, einen lange gehegten Plan zu realisieren: den Einsatz der Bundeswehr auch im Innern.

Nach jahrelangem Streit einigte sich die große Koalition auf eine Änderung der Verfassung. Die Planung der Berliner Regierung sieht vor, schleunigst den GG-Artikel 35 dahingehend zu erweitern, dass Bundeswehr „im Kampf gegen den Terror“ einsetzbar wird, falls die „Kräfte der Polizei nicht ausreichen“. Hat denn dieser Staat noch nicht genug Polizei? Wird mit diesem Begriff „Terrorbekämpfung“ nicht gezielt politisches Schindluder getrieben? Wenn es heißt: Einsatz der Bundeswehr ist „insbesondere (!) in Bezug auf terroristische Anschläge geplant“ – wogegen sonst noch?

Das Vorhaben ist ein weiterer Schritt in der Militarisierung unseres Landes. Es ist auch kein Zufall, dass zeitgleich das Afghanistan-Mandat verlängert und das deutsche Kontingent um 1.000 Mann aufgestockt wird, dass Steinmeier den „Schwerpunkt“ auf die „verstärkte Beteiligung“ an der NATO-geführten Isaf-Truppe legt und Wohlwollen für die Verlegung von AWACS-Flugzeugen nach Afghanistan signalisiert, dass unter der Hand der Rüstungsetat auf 33 Milliarden erhöht wurde.

Längst ist es zur Maxime „deutscher Si-

cherheitspolitik“ geworden, dass innere und äußere Sicherheit nicht mehr zu trennen sei. Das ist auch die „Begründung“ dafür, die Auslandseinsätze auf Jahrzehnte hinaus als „Normalität“ zu kalkulieren und das eigene Land, quasi „die Heimatfront“, in einen permanenten Kriegszustand zu versetzen.

Die Abwehr des Planes „Bundeswehr nach Innen“ ist unbedingt notwendig, sie ist aber keine isolierte Sache, mit der es dann getan ist. Sie ist eine weitere Herausforderung, den Kampf für die Entwicklung zu Frieden und Abrüstung weiterhin umfassend zu führen.

Achtung, sie lügen schon wieder!

Hätten Lügen wirklich kurze Beine dann würden Frau Merkel und Herr Steinbrück ihre Schuhsohlen direkt am Hintern tragen. Sie wissen genau, dass ihr Versprechen, wonach Konten und Spareinlagen sicher sind, nicht stimmt!

Lügen gehören allerdings zum Kapitalismus. Die Reihe der in jüngster Zeit dabei Erwischten ist lang: Ackermann, von Pierer, Ron Sommer, Klaus Zumwinkel etc. Dazu gehören auch namhafte Vertreter aus Parteien. Blüms Rente erwies sich genauso unsicher, wie viele gebrochene Versprechungen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die Staatsgarantie für alle Spareinlagen soll die Menschen in Sicherheit wiegen. Denn das kapitalistische System erlebt weltweit eine umfassende Krise, die das

Gefährdungen

Der real existierende Kapitalismus bringt immer mehr Gefahren zum Vorschein. Jetzt sind es nicht mehr nur Bestechungs-, Steuerflucht- und andere Finanzskandale, welche die Gesellschaft gefährden. Nun steht das ganze Bankensystem am Abgrund. Doch plötzlich sind die „Selbsteilungskräfte des Marktes“ nicht mehr relevant, jetzt soll es der Staat richten. Genau das will die Große Koalition durchsetzen. Das Bankensystem und die Macht Konzerne sollen abgesichert werden. Und der Steuerzahler soll dafür blechen. Wenn's dann Probleme gäbe, wäre da ja noch die Bundeswehr.

Vertrauen der Menschen in das System nachhaltig erschüttern wird. Dem will man möglichst vorbeugen.

Die Politik der Bundesregierung macht jedoch deutlich, dass die Bevölkerung die Kosten für das Finanzdebakel übernehmen soll. Jede Milliarde, die zur Stützung des Finanzsystems eingesetzt wird, muss von den Steuerzahlern aufgebracht werden.

Erforderlich sind jetzt Antworten im Interesse der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung: Einsetzung einer Kommission aus Betriebsräten, Gewerkschaftern, Wissenschaftlern, Vertretern der globalisierungskritischen Bewegung und anderen demokratisch gesinnten Menschen, die das wahre Ausmaß dieser Krise offenlegen und die Bevölkerung lückenlos informieren.

Das Grundgesetz ist anzuwenden, die wichtigsten Banken, Finanzinstitute und Versicherungen sind zu vergesellschaften. Eine Verstaatlichung reicht nicht. Erforderlich ist vor allem eine wirksame Kontrolle durch Institutionen der Beschäftigten, Gewerkschaften und aus der Bevölkerung.

Kriminelle Machenschaften von Vorständen, Aufsichtsräten und Managern sind entsprechend den Gesetzen aufzudecken, zu verfolgen und unter Strafe zu stellen. Es muss durchgesetzt werden, dass endlich politische und soziale Entscheidungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung getroffen werden.





Mit einem Festabend im gut besetzten Zelt erreichten am 13. September die Feierlichkeiten anlässlich des hundertjährigen Bestehens des FV 08 Püttlingen ihren Höhepunkt. Der DKP-Fraktionsvorsitzende würdigte in seiner Grußansprache die Bedeutung des Vereins und wünschte erfolgreiche Arbeit.

Nutzung der ehemaligen Schule für Senioren?

Die ehemalige Grundschule Viktoria gegenüber dem Kulturbahnhof steht seit einiger Zeit leer und soll möglicherweise verkauft werden. Das hat die DKP-Fraktion bereits im vergangenen Jahr zu der Forderung veranlasst, auf den Verkauf der Schule zu verzichten und stattdessen ein „Freizeit- und Begegnungszentrum für die Seniorinnen und Senioren der Stadt Püttlingen“ zu errichten.

Leider konnte sich die DKP mit ihrem Vorschlag nicht durchsetzen. Am Ende wurde jedoch der Antrag der DKP akzeptiert, eine Machbarkeitsstudie für ein ‚Haus der Senioren‘ in Auftrag zu geben. Vielleicht ergibt sich, so die Überlegung der DKP, dadurch irgendwann die Möglichkeit, ein solches Projekt an geeigneter Stelle beispielgebend für die Region zu realisieren.

Lange hat sich dann nichts mehr getan, bis Anfang September im Werksausschuss das Plan eines Vereines vorgestellt wurde, in der ehemaligen Schule ein Senioren-Wohnprojekt zu realisieren. Der in Saarbrücken ansässige Verein „Galia“ (Gemeinsam

aktiv leben im Alter) widmet sich Menschen, die ihren letzten Lebensabschnitt bewusst und selbst bestimmend gestalten und gemeinsam mit anderen wohnen wollen.

Auf Anfrage der Verwaltung erklärte eine Vertreterin des genannten Vereins, dass die Schule Bahnhofstraße für die Maßnahme „Wohnen im Alter“ durchaus geeignet scheint und „durch entsprechende Umbaumaßnahmen wohnwirtschaftlich genutzt werden kann“. Der Ausschuss ermächtigte die Verwaltung, weitere Verhandlungen zu führen. Dem gab auch die DKP ihre Zustimmung.

Unsere Fraktion ging davon aus, dass ein solches Wohnprojekt ganz sinnvoll sein kann. Dennoch ist es verwunderlich, dass die Verwaltung mit keinem Wort auf den Beschluss zur Machbarkeitsstudie verwies. Sie tut so, als sei das Thema ‚Nutzung der ehemaligen Schule für Senioren‘ ihre ureigene Erfindung. So ist das eben in Püttlingen: Das werden Vorschläge der Opposition einfach ignoriert und nach einer gewissen Schamfrist als eigene Idee kreierte.

Kurz und knapp

Mit einem Festkonzert in der Stadthalle Püttlingen erreichte die Musikschule Püttlingen am 21. September einen imposanten Höhepunkt ihrer zahlreichen Veranstaltungen, die anlässlich des 40-jährigen Bestehens durchgeführt wurden. Das Große Blasorchester und das Kammerorchester überboten sich gegenseitig in ihrem Können und präsentierten auch beim gemeinsamen Auftreten großartige Leistungen. Gratulation!

*

Erich Keller, der Leiter der Volkshochschule Püttlingen hatte am 14. September zu einem Festkonzert eingeladen und viele, viele Gäste kamen. Verdienstermaßen, muss man anfügen, denn das Festkonzert war ein Geschenk an Herrn Keller, der seit 20 Jahren die VHS Püttlingen erfolgreich leitet und zu großem Ansehen geführt hat. Der dargebotene Kunstgenuss und viele lobende Worte waren für Erich Keller eine berechtigte Anerkennung.

*

Dem Nachtrag zum Stellenplan der Stadt Püttlingen hat die DKP-Fraktion am 10. September zugestimmt. Mit ausschlaggebend dafür war die Aufnahme von drei Stellen für Verwaltungskräfte in den Grundschulen und eine Stelle für die Gesamtleitung der Kindertageseinrichtungen der Stadt.



Die DKP bietet interessierten Bürgern die Möglichkeit, sich am kommunalen Geschehen zu beteiligen. Mitglied werden ist keine Voraussetzung. Schon immer hat die DKP offene Listen angeboten, um zusammen mit anderen kritischen Kräften wirksam zu werden. Anruf genügt: Telefon: 06898-65417.

ver.di-Aktion vor der Klinik:

Das Ende der Fahnenstange ist längst erreicht

Krankenhäuser brauchen Hilfe

Erwartungsvolle Spannung herrschte am Morgen des 16. September vor der Püttlinger Klinik, als die Gewerkschaft ver.di ein rotes Feuerwehrauto auffahren liess. Zunächst trudelten die Leute nur „tröpfchenweise“ ein, doch dann eilten sie in Scharen herbei. Vor allem die Beschäftigten der Klinik wollten wissen, was ver.di zur Situation der Krankenhäuser zu sagen hat.

Es war Hans Ruge, Personalratsvorsitzender in der Klinik Sulzbach und engagierter ver.di-Funktionär, der aus eigenem Erleben die Lage schilderte:

„Die Krankenhäuser erhalten nicht genug Geld, um ihre Ausgaben für neue medizinische Verfahren, Personal oder Arzneimittel zu decken. Darunter leiden Patienten und Beschäftigte“. Er nennt dann einige Fakten:

Heute arbeiten in deutschen Krankenhäusern 100.000 Menschen weniger als noch vor zehn Jahren. Alleine in der Pflege wurden über 50.000 Stellen gestrichen, denn seit über 15 Jahren las-



MitarbeiterInnen der Klinik und Schaulustige treffen nach und nach ein, um zu erfahren, was die Gewerkschaft ver.di zur Situation der Krankenhäuser zu sagen hat. Am Ende ist es eine ganz beachtliche Menge, die sich mit dieser Aktion solidarisiert, unter ihnen auch Vertreter der DKP-Fraktion.

tet auf den Einnahmen der Krankenhäuser ein Deckel, den die Bundesregierung vorgibt. Danach dürfen die Krankenhauseinnahmen nicht höher steigen als die jährliche Grundlohnsumme. Weil wegen hoher Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen die Grundlohnsumme nur gering gestiegen ist, muss weiter gespart werden. vor allem bei den Beschäftigten. Das heißt:

„Weniger Personal, schlechtere Bezahlung durch Ausgliederungen in Servicegesellschaften, Erpressung bei jeder Tarifrunde: Wenn wir für unsere Arbeit gerechte Bezahlung fordern, droht man uns mit weiterem Stellenabbau. Das Ende der Fahnenstange ist aber längst erreicht. Schon jetzt reicht das Personal nicht mehr aus, um kranke und pflegebedürftige Menschen ausreichend zu versorgen“.

Hans Ruge nennt auch die gewerkschaftlichen Forderungen, die vom Personal der Kliniken voll mitgetragen werden:

Der Deckel muss weg!

Die Krankenhäuser müssen ordentlich finanziert werden!

Die Länder müssen ihre Verpflichtung für die Investitionskosten erfüllen!

Wir wollen gerecht bezahlt werden!

Wir brauchen endlich verbindliche Regeln für ausreichend Personal!

Die vor der Püttlinger Klinik durchge-

führte ver.di-Aktion war eine von 12 Einrichtungen, die innerhalb von 14 Tagen besucht wurden. Diese „Pflege-Tour Saar 2008“ endete mit einer großen Aktion an der Saarschleife.

Demonstration von 130.000

Dass die Probleme in den Kliniken bundesweite Ausmaße haben, machte eine Großdemonstration am 25. September in Berlin deutlich. An dieser bislang größten Demonstration im Gesundheitswesen nahmen rund 130.000 Beschäftigte aus dem Krankenhausbereich teil. Ärzteverbände, Kliniken, Gewerkschaften, kommunale und kirchliche Einrichtungen hatten sich zusammengeschlossen, um ihre Forderungen zu präsentieren.

Inzwischen hat die Gesundheitsministerin wissen lassen, dass eine Finanzspritze von 3,2 Milliarden Euro für die Krankenhäuser vorgesehen ist. Das reicht aber nicht aus, weil die mit 6,7 Milliarden Euro im Minus stehenden Kliniken sich „im ökonomischen Würgegriff“ befinden, wie der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft in Berlin erklärte. Der Kampf um eine bessere Krankenhausfinanzierung geht also weiter. Und die Bundesregierung muss endlich helfen! Die Milliarden dafür sind da, wie das Engagement der Merkel-Regierung für die Finanzspekulanten deutlich macht.

Höhere Kassenbeiträge:

Die Rentner trifft es wieder am ärgsten

Ursprünglich hatte Gesundheitsministerin Schmidt versprochen, die Beiträge zu den Krankenkassen reduzieren zu wollen. Doch bislang hat es noch keine Entlastung der Beitragszahler gegeben. Im Gegenteil. Ab nächstes Jahr wird nun ein einheitlicher Beitragsatz von 15,5 Prozent in der Gesetzlichen Krankenversicherung eingeführt. Das bedeutet für die meisten Beitragszahler, dass sie künftig noch tiefer in den Geldbeutel greifen müssen.

Angeblich soll die Reduzierung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung eine Entlastung bringen. Die Unternehmer freuen sich darüber, aber 20 Millionen Rentner sind von diesem Belastungsausgleich ausgeschlossen, sie müssen voll blechen.